

Verwaltung

Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Herr Leesemann	Stab Dezernat 5
Herr Tuncer	Kommunales Integrationszentrum
Herr Helmke	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Wörmann	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Frau Busch-Viet	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Hartmann	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Frau Berkemeyer	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Flachmann	Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- (Schriftführer)

Gäste

Frau Lufen	Die Falken Bielefeld
Herr Schütz	Die Falken Bielefeld
Herr Siegeroth	REGE mbH
Frau Pudelko	Institut für soziale Arbeit (ISA) e.V., Münster

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Herrn Voigt als neues Mitglied in sein Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Der Verpflichtete bekundet sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2018

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.03.2018

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Weitere mündliche Mitteilungen

Frau Häckel informiert über die Sommerferienangebote des Bielefelder

Jugendring e.V. im Rahmen der Stadtranderholung. Von den 560 Interessierten konnten aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Plätze nur 360 berücksichtigt werden.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Beteiligung von Jugendlichen Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BfB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN vom 28.03.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6449/2014-2020

Frau Henke stellt den gemeinsamen Antrag vor.

Herr Rüsing hebt die Wichtigkeit von Jugendbeteiligung hervor. Die CDU begrüße ausdrücklich, dass dieses Thema auf der Tagesordnung stehe. Kritisch sieht er die zu diesem Zeitpunkt erfolgte Beteiligung des Bielefelder Jugendring e.V. (BJR) und den daraus resultierenden Ergänzungsantrag. Zunächst sollte es der Politik vorbehalten bleiben zu entscheiden, wie eine Jugendbeteiligung aussehen könnte, um dann in einem zweiten Schritt über die Art der Beteiligung der Träger zu befinden.

Er spricht sich dafür aus, den Ergänzungsantrag zurückzustellen und nach einem Jahr eine Bewertung der Situation vorzunehmen, ob und inwieweit Ergänzungen finanzieller oder organisatorischer Art erforderlich sind.

Aus diesen Gründen werde die CDU-Fraktion den Ergänzungsantrag nicht mittragen.

Herr Bolte führt aus, dass der gemeinsame Antrag als ein erster Aufschlag zu verstehen sei. Zunächst bleibe abzuwarten, wie sich die Umsetzung der im Antrag vorgeschlagenen Beteiligungsformen entwickelt. Die Verwaltung sollte sich hierbei so weit wie möglich zurückziehen und die Jugendlichen bei Bedarf unterstützen.

Herr Dr. Schmitz hält es für den richtigen Weg, den Jugendlichen das Recht und die Möglichkeit zu gewähren, eigene Anträge zu stellen. Allerdings sieht er für einen einzelnen Jugendlichen die Schwierigkeit, sich im Jugendhilfeausschuss mit seinen Anliegen durchzusetzen. Daher schlägt er vor, als Unterstützung auch eine Vertretung zu benennen.

Frau Stillger vermisst Angaben über die Ressourcen für die erforderliche Unterstützung. Sie regt an, entsprechende Personal- und Sachressourcen zu hinterlegen.

Herr Pieplau äußert die Bitte, offen an die Angelegenheit heranzugehen und nicht zu viel Skepsis an den Tag zu legen.

Im Anschluss stellt Herr Müller den Ergänzungsantrag des BJR vor. Dieser Ergänzungsantrag sei deshalb gestellt worden, weil in dem gemeinsamen Antrag einige Punkte vermisst werden, die dem BJR als Jugendorganisation wichtig seien.

Zu den Ausführungen von Herrn Rüsing merkt Herr Müller an, dass der BJR nicht vor dem Hintergrund einbezogen wurde, dort die Aufgaben anzusiedeln, sondern um das beim BJR als Dachverband vorhandene Fachwissen einzubringen.

Frau Hennke führt aus, dass sie dem Ergänzungsantrag grundsätzlich zustimmen könne. Sie sehe diesen Antrag als Ergänzung zu dem gemeinsamen Antrag und unterstützt den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept zur Umsetzung zu erstellen. Kritisch sieht sie die Einrichtung zusätzlicher Stellen. Sie schlägt vor, zunächst abzuwarten, in welchem Umfang die konkrete Unterstützung geleistet werden soll. Möglicherweise könne dies durch Stellen-/Aufgabenumschichtungen erreicht werden.

Den Termin, bis zur Mai-Sitzung ein Konzept zu erarbeiten, hält sie für zu knapp bemessen. Sie schlägt vor, den Termin im Ergänzungsantrag für die JHA-Sitzung am 04.07.2018 zu ändern. Somit bliebe noch ausreichend Zeit, um die Haushaltsberatungen zu erreichen.

Frau Stillger hält es für erforderlich, sich auf einheitliche Definitionen zu verständigen, welche Form der Jugendbeteiligung gewollt sei. Als Personalressource hält sie mindestens 1 Stelle für erforderlich.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Rüsing zu dem Ergänzungsantrag vertritt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Auffassung, dass sie in der Beteiligung des BJR als Dachverband an diesem Verfahren ein faires Verhalten sehe. Schließlich seien mit den Inhalten des Antrages Aufträge an den BJR verbunden.

Zu dem von dem BJR eingebrachten Ergänzungsantrag verweist Vorsitzende Frau Weißenfeld auf das Recht, Anträge zu Tagesordnungspunkten stellen zu dürfen. Hierbei handele es sich um ein rechtmäßiges Verfahren.

Herr Bolte unterstützt grundsätzlich den Ergänzungsantrag als eine Konkretisierung.

Er schlägt vor, aus Punkt 2 des Ergänzungsantrages die „Gewährleistung der Umsetzung“ zu streichen, denn eine Umsetzung könne nicht gewährleistet werden.

Die Notwendigkeit des Einsatzes weiteren Personals sehe er zurzeit nicht. Dies könne bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden.

Herr Pieplau weist darauf hin, dass mit dem Ergänzungsantrag lediglich der Auftrag an die Verwaltung verbunden sei, ein Konzept zu erarbeiten. Es würde damit nicht die Bereitstellung zusätzlichen Personals beschlossen.

Für die SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung zu dem Ergänzungsantrag.

Frau Hopster sieht in dem gemeinsamen Antrag einen guten Rahmen, dessen Umsetzung mit dem Ergänzungsantrag konkretisiert werde. Hinsichtlich des von Herrn Rüsing geäußerten politischen Anspruchs macht Frau Hopster deutlich, dass sie die zu diesem Zeitpunkt erfolgte Beteiligung des BJR ausdrücklich begrüße. Für die spätere Koordinierung der Umsetzung auf der operativen Ebene hält sie den BJR als Dachverband für die richtige Anlaufstelle.

Sie unterstütze sowohl den politischen Antrag wie auch den Ergänzungsantrag mit dem Auftrag an die Verwaltung, in einem ersten Schritt ein grobes Konzept einschließlich einer Kostenkalkulation zu erarbeiten.

Frau Häckel erinnert an den Auftrag des Jugendhilfeausschusses an den BJR im Februar letzten Jahres, gemeinsam mit Jugendlichen Ideen zu entwickeln, wie Jugendbeteiligung gestaltet werden könne. Die in dem daraufhin durchgeführten Jugendprojekt Work & Pleasure entwickelten Ideen seien jedoch in dem politischen Antrag nicht enthalten.

Aus diesem Ansinnen heraus, ernst zu nehmen, was die Jugendlichen erarbeitet haben und wie sie sich Jugendbeteiligung vorstellen, seien diese Ideen in den Ergänzungsantrag aufgenommen worden mit dem Auftrag an die Verwaltung, hierzu ein grobes Konzept zu entwickeln.

Herr Dr. Schmitz hält die Ausführungen von Frau Häckel aus Sicht des Dachverbandes für wichtig und wertvoll.

Eine Unterstützung der Jugendlichen hält er für erforderlich. Er kündigt an, dem Ergänzungsantrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung zuzustimmen.

Auch Frau Obasohan hält eine Unterstützung der Jugendlichen für unabdingbar. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, wie eine solche Unterstützung gewährleistet werden kann.

Frau Gorsler sieht beide Anträge im Sinne des gemeinsamen Vorhabens, Jugendbeteiligung stärker zu unterstützen. Wichtig sei nun, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen, um dieses Projekt zum Gelingen zu bringen.

Beigeordneter Herr Nürnberger äußert die Bitte, der Verwaltung Zeit für die Vorbereitungen zu geben bis zur Sitzung am 04.07.2018. Die Verwaltung werde hierzu Vorlagen in den JHA einbringen.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion schlägt Vorsitzende Frau Weißenfeld vor, Punkt 4 des Ergänzungsantrages dahingehend zu ändern, als die Verwaltung gebeten wird, den Bedarf zu ermitteln.

Zunächst lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über den **gemeinsamen Antrag** abstimmen:

Beschluss:

1. Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss:

- Jugendliche erhalten einen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Damit verbunden ist ein Antragsrecht zu Tagesord-

nungspunkten und die Möglichkeit von Anfragen. Das Mitglied sowie ein stellvertretendes Mitglied sollen aus dem Vorstand der BezirksschülerInnenVertretung benannt werden und im Alter von 14-18 Jahren sein.

- Bei Teilnahme an den Sitzungen erhält das Mitglied das obligatorische Sitzungsgeld sowie die entstandenen Fahrtkosten.
- Für die Vor- und Nachbereitung der JHA-Sitzung können die Jugendvertreter*innen Besprechungsräume beim Bielefelder Jugendring nutzen können.
- Das Jugendamt stellt eine/n Ansprechpartner/in für die Jugendvertreter*innen im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung. Er/Sie sollen bei organisatorischen und inhaltlichen Fragestellungen zur Verfügung stehen sowie Lotsenfunktion zu anderen Ämtern und Abteilungen übernehmen.

2. Politische Bildung

- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Einführungsveranstaltung „Politische Gremienarbeit der Stadt Bielefeld“ zu erarbeiten. Für die Durchführung dieser Veranstaltung stehen Mitglieder der Ratsfraktionen zur Verfügung. Adressaten dieser Veranstaltung sind Schülerinnen und Schüler der Schulfächer der Sekundarstufen I und II sowie der Bielefelder Jugendring mit seinen Organisationen.
- Um dieses Angebot den Schulen bekannt zu machen, ist eine enge Verzahnung von Schule und Jugendhilfe notwendig. Im Rahmen seiner Möglichkeiten soll der Schuldezernent die Schulen und die entsprechenden Lehrkräfte dazu informieren.

3. Politische Teilhabe:

- Der Bielefelder Jugendring wird gebeten, mit den Jugendlichen zusammen ein Konzept eines Planspieles samt Kostenplan zu erstellen und im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Bereits bestehende Formate, wie das Planspiel des Vereins Jugend und Politik, sollen dabei berücksichtigt werden.
- Der Jugendhilfeausschuss setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Jugendring auch weiterhin einen jährlichen Jugendtag durchführt, wie z.B. „Work & Pleasure“ und/oder andere (neue) Formate. Soweit gewünscht, stellen sich die politischen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als Diskussionspartner für solche Veranstaltungen zur Verfügung.
- Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit ein Jugendparlament eingerichtet werden kann. Dazu sollen die Erfahrungen des geplanten Landesjugendparlamentes abgewartet werden.
- Im Rahmen der INSEK-Projekte und möglicher neuer Programme des Landes NRW soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Budgets für Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden können.

-einstimmig beschlossen-

Anschließend stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld den **Ergänzungsantrag des BJR** unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungsvorschläge zur Abstimmung:

Beschluss (mit Änderungen):

Die Verwaltung wird beauftragt, zur JHA-Sitzung am 04.07.2018 ein grobes Konzept einschließlich einer Kostenkalkulation für die nachfolgend benannten „Bausteine“ zur Jugendbeteiligung zu erarbeiten:

1. Jährliche Durchführung eines Jugendtages o.ä. (siehe: Antrag „Beteiligung von Jugendlichen“ Punkt 3) mit dem Ziel der Stärkung von Jugendbeteiligung
2. Gewährleistung der Weiterverfolgung von bielefeld-relevanten Themen, die im Verlauf des Jugendtages benannt wurden.
3. Jährliche Durchführung eines Jugend-Projektes, das von Jugendlichen geplant und (mit-)bearbeitet wird und das einer freien Form von Jugendbeteiligung entspricht,
4. Ermittlung des Bedarfs an Unterstützung von ehrenamtlich geleisteter Jugendarbeit durch hauptamtliche Kräfte

dafür	10 Stimmen
dagegen	3 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

-mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5 Inklusion in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)

Zu Punkt 5.1 Bericht Freiräume

Herr Schütz und Frau Lufen stellen unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation die Inhalte und die Ergebnisse der Evaluation des Projektes Freiräume vor.

Nach Veröffentlichung der Evaluation wird der Bericht den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Verfügung gestellt.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem zu diesem Tagesordnungspunkt einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Planung "Inklusive Netzwerke OKJA"

Herr Epp informiert unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation über den aktuellen Stand sowie über die weitere Planung zur Inklusion in der OKJA.

Sofern diese Planung weiterverfolgt werden soll, kündigen Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Epp an, die Planung zu konkretisieren und dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.

Der Jugendhilfeausschuss zeigt sich mit der Planung des weiteren Vorgehens einverstanden.
Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem zu diesem Tagesordnungspunkt einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 6

Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus: **Stand des Projektes NRWeltoffen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6390/2014-2020

Herr Tuncer stellt die Inhalte der Informationsvorlage vor und weist abschließend auf die am 29.06.2018 stattfindende Demokratiekonferenz hin. Nähere Details zu der Veranstaltung sind der dieser Niederschrift beigefügten **Anlage** zu entnehmen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2018 **- 2. Lesung -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6013/2014-2020

Zu der Maßnahme „Ausbildungsoffensive“ (REGE-4) verweist Herr Siegeroth auf die verteilten „Bonushefte AUSBILDUNG“.
Anschließend stellt er für die REGE mbH die Maßnahme „Jugend - KAUSA-Servicestelle“ (REGE-7) vor.

Herr Wörmann stellt die Maßnahmen „Fachtag zu psychischen Erkrankungen bei Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung“ (540-6) sowie „Weiterentwicklung des Konzeptes Familienfreundliches Bielefeld“ (540-1) vor.

Frau Brinkmann bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen um eine Mitteilung, ob und ggfls. in welchem Umfang Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit Maßnahmen des Aktionsplanes LSBTI* (S. 77-79) unterstützt werden.

-.-.-

Zu Punkt 8

Sachstandsbericht LITTLE BIRD

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6396/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet von Rückmeldungen von Trägern, dass sich der Aufwand der Arbeitsgruppe gelohnt habe und das Verfahren auf einem guten Weg sei.

Frau Brinkmann bedankt sich für die Vorlage. Damit seien bereits viele Fragen im Vorfeld beantwortet.

Kritisch sieht sie die Finanzierung. Die CDU-Fraktion habe der Einführung des Verfahrens damals zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die Träger einen Anteil an den Kosten zu tragen haben. Einer weiteren Befreiung der Träger von einer Kostenbeteiligung werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Frau Henke sieht die weiteren Verfahrensfragen zur Zufriedenheit gelöst. Noch bestehende Kritikpunkte stünden nicht im Zusammenhang mit dem DV-Verfahren.

Frau Hopster berichtet für die AGW und für weitere Träger von positiven Rückmeldungen. Es habe eine sehr konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Trägern stattgefunden. Das Gros der Mängel konnte behoben werden.

Herr Pieplau bedankt sich bei den Trägern und bei der Verwaltung für die in der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit. Nach seiner Wahrnehmung stelle sich die Frage, ob das DV-Programm gekündigt werden sollte, nun nicht mehr.

Zur Finanzierung sieht er Klärungsbedarf. Er stellt den **Antrag**, die Kostenbeteiligung der Träger für ein weiteres Kindergartenjahr auszusetzen.

Frau Eberlein äußert sich kritisch. Nicht alles laufe zur Zufriedenheit im Zusammenhang mit LITTLE BIRD. Die Träger und die Kita-Leitungen würden durch das DV-Verfahren nicht von ihren Verwaltungsarbeiten entlastet. Viele Träger seien darauf angewiesen, weitere Verwaltungssoftware auf eigene Kosten zu beschaffen.

Die Eltern seien weiterhin auf Unterstützung angewiesen, was keine Entlastung, sondern eine weitere Belastung darstelle.

Zur weiteren Finanzierung sei zu bedenken, dass vom Land Rettungspakete geschnürt werden mussten, um das Überleben von Kindertageseinrichtungen sicherzustellen. Bielefeld sei die einzige Kommune, die die Kita-Träger zur Kostenbeteiligung heranziehe.

Frau Brinkmann richtet die Bitte an die Arbeitsgruppe, vorrangig zu koordinieren, dass eine Abstimmung der Träger untereinander erfolgt, zu welchem Zeitpunkt die Eltern benachrichtigt werden.

Zur Art der Vorlage zeigt sie sich irritiert. Angesichts der zu klärenden Finanzierungsfrage habe sie eine Beschlussvorlage erwartet.

Herr Bolte zeigt sich ebenfalls erfreut angesichts der erfolgten Nachbesserung des DV-Programms. Über die Frage der weiteren Finanzierung sollte heute eine Abstimmung erfolgen.

Frau Stillger merkt an, dass die Verwaltung verpflichtet sei, ein Bedarfsanzeigesystem zur Verfügung zu stellen. Eine Verpflichtung zur Kostenbeteiligung der Träger bestehe jedoch nicht.

Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich beim Jugendhilfeausschuss und bei den Trägern für die konstruktive Arbeit.

Zur Frage der weiteren Finanzierung brauche es Zeit, mit den Trägern zu reden, ob und ggfls. in welchem Umfang eine Kostenbeteiligung angemessen ist.

Vorsitzende Frau Weißenfeld kündigt an, den Antrag von Herrn Pieplau zur Abstimmung zu stellen.

Zuvor bittet die CDU-Fraktion um eine Sitzungsunterbrechung, da Beratungsbedarf besteht.

Sitzungsunterbrechung von 18.30 Uhr bis 18.35 Uhr

Frau Brinkmann kritisiert, dass heute lediglich eine Informationsvorlage vorgelegt wurde, aufgrund deren Inhalte zur weiteren Finanzierung nur spekuliert werden konnte. Die Verwaltung hätte rechtzeitig über die Sachlage informieren müssen.

Einer weiteren Aussetzung der Kostenbeteiligungspflicht werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Bolte vermutet, dass die Diskussion und die Argumentation in einem Jahr nicht anders wären. Insofern äußert er den Wunsch an die Antragsteller, entweder dauerhaft auf eine Kostenbeteiligung zu verzichten oder diese weiterhin einzufordern.

Herr Dr. Schmitz führt aus, dass angesichts der Kündigungsfrist bis zum 30.04.2018 heute über die Finanzierungsfrage zu entscheiden sei. Insofern hätte er eine Beschlussvorlage begrüßt. Die Befreiung von der Kostenbeteiligung für ein weiteres Jahr kann er nachvollziehen.

Herr Pieplau sieht die Frage der Kostenbeteiligung zwischen der Verwaltung und den Trägern noch nicht geklärt. Er zeigt sich zuversichtlich, dass innerhalb eines Jahres geklärt werden kann, ob, und wenn ja, in welcher Höhe die Träger beteiligt werden. Daher hält er seinen Antrag unverändert aufrecht, die Entscheidung um ein Jahr zu verschieben.

Frau Hopster berichtet von Rückmeldungen der Träger, dass die erhoffte Erleichterung durch die Einführung von LITTLE BIRD nicht eingetreten sei. Es stehe die Frage im Raum, weshalb Bielefeld die einzige Kommune ist, die die Träger an den Kosten beteiligt.

Herr Bolte greift die Feststellung auf, dass Bielefeld die einzige Kommune ist, die eine Kostenbeteiligung mit den Trägern vereinbart habe. Damals habe es auch gute Gründe dafür gegeben. Aus seiner Sicht könne dies jedoch nicht länger aufrechterhalten werden.

Insofern stellt er den **Antrag**, die Träger generell von einer Kostenbeteiligung zu befreien.

Vorsitzende Frau Weißenfeld unterbricht die Sitzung aufgrund weiteren Beratungsbedarfs.

Sitzungsunterbrechung von 18.45 Uhr bis 18.50 Uhr

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt zunächst den weitergehenden **Antrag** von Herrn Bolte zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, generell von einer finanziellen Beteiligung der Kita-Träger an den Kosten des DV-Verfahrens LITTLE BIRD abzusehen.

dafür	7 Stimmen
dagegen	7 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Im Anschluss stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld den **Antrag** von Herrn Pieplau zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die finanzielle Beteiligung der Kita-Träger an den Kosten des DV-Verfahrens LITTLE BIRD um ein weiteres Kindergartenjahr bis zum 31.07.2019 (Beginn des Kindergartenjahres 2019/2020) hinauszuschieben.

dafür	10 Stimmen
dagegen	3 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

-mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6398/2014-2020

Herr Hartmann gibt ergänzend zur Vorlage (S. 3) die aktuelle Aufnahmeverpflichtung bekannt. Diese liegt zum 10.04.2018 bei 206.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

**Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII;
Kosmopolit e.V., Graf von Stauffenberg Str. 10, 33615 Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6374/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet aus der Beratung im Unterausschuss Jugendhilfe. Dieser empfehle dem Jugendhilfeausschuss, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

„Kosmopolit e.V. wird mit Wirkung vom 01.01.2018 als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII (KJHG) anerkannt.

Die Anerkennung bezieht sich auf:

- Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII
- Angebote der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII
- Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII

innerhalb des Stadtgebietes von Bielefeld.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Vorstellung des Online-Kartendienst
- Vorstellung des Hevi-Projektes
- Zwischenbericht Kita-Einstieg
- Familienbüro und Servicepoint Kindertagesbetreuung
- Auswahl weiterer Familienzentren

-.-.-

Bielefeld, den 11.04.2018

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)